

heißt es in einem von klerikaler Seite kolportierten Gedicht „Weihnachtsgedanken“. Das Großbürgertum fühlte sich lange Zeit mächtig genug, die Drohung, daß dem Volke die Erde geben müsse, wer ihm den Himmel nähme, in den Wind zu schlagen. Daß es der Kirche in Vorarlberg trotzdem gelang, den religiösen Sinn eines Großteils der Bevölkerung zu bewahren, hat den Großen dieses Landstrichs manch böse Erfahrungen erspart, obwohl erst die Gefahr einer starken Arbeiterbewegung den Burgfrieden zwischen Kirche und Kapital herbeiführte.

7. DAS VERHÄLTNIS DER POLITISCHEN PARTEIEN ZUR ARBEITERSCHAFT; DIE ARBEITERBEWEGUNG

Die Ziele, welche die von der Arbeiterschaft im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geschaffenen Organisationen sich setzten, berührten im wesentlichen drei Bereiche: die kulturelle Entwicklung des einzelnen Arbeiters durch wissenschaftlich-moralische Fortbildung; die Erlangung günstigerer Positionen der Arbeiterschaft eines Betriebes bzw. eines ganzen Wirtschaftszweiges durch Koalition; das politische Mitbestimmungsrecht im Staate für die gesamte Arbeiterklasse.

Diesem Schema entsprechen – auch in chronologischer Abfolge – die Organisationsformen der Arbeiterbewegung in Österreich: der Arbeiterbildungsverein; die Gewerkschaft; die Arbeiterpartei.

Die Niederlage des Habsburgerreiches in den Kriegen von 1859 und 1866 hatte die industrielle und damit auch die militärische Rückständigkeit Österreichs offenkundig gemacht. In der Folge der nunmehr mit der Gewährung einer Verfassung einsetzenden liberalen Reformen kam es 1867 auch zur Billigung eines verklausulierten Vereins- und Versammlungsrechtes, das die Gründung unpolitischer Arbeitervereine gestattete. Die Arbeiterschaft Österreichs hatte schon auf diesen Tag gewartet: überall in den Industrieorten des Landes entstanden Arbeiterbildungsvereine, zumeist in enger Bundesgenossenschaft mit dem liberalen Bürgertum. 1869 erzwangen die Arbeiter auch das Koalitionsrecht, unmittelbar darauf jedoch setzte die erste Verfolgungswelle gegen die junge Arbeiterbewegung ein. Die in verschiedene Gruppierungen gespaltenen, zeitweise in der Illegalität tätigen Arbeiterorganisationen gerieten Anfang der achtziger Jahre ins anarchistische Fahrwasser; gegen diese Entwicklung setzte sich der Staat mit dem – die gewerkschaftliche Tätigkeit vielfach unterdrückenden – Anarchistengesetz zur Wehr. Erst das Jahr 1889 brachte die Einigung der Arbeiterbewegung auf der marxistischen Basis der Hainfelder Prinzipienklärung. Die Arbeiterschaft besaß ihre eigene Partei.

Bevor jedoch auf diese eigentliche Arbeiterbewegung und ihre Erscheinungsformen in Vorarlberg eingegangen wird, soll die Stellung der bereits bestehenden Parteien zur Arbeiterschaft kurz beleuchtet werden.

In den Anfängen schon 1848 zu erkennen, hatten sich in Vorarlberg – insbesondere seit Oktoberdiplom und Februarpatent dem Land einen eigenen Landtag gebracht hatten – zwei konvergierende Richtungen herausgebildet: eine konservative, die zunächst in der Beamtschaft, dem hohen Klerus und dem Großteil der Bauern, und eine demokratische Richtung, welche im Bürgertum, Teilen der Bauernschaft und des niederen Klerus ihre Stütze hatten.

Die antiklerikale Einstellung der Liberalen – zu welchen die Demokraten sich langsam entwickelten – rief die Abkehr der niederen Geistlichkeit und den verstärkten Widerstand der kirchlich-konservativen Kreise hervor. Nach dem aus Baden übernommenen Vorbild kam es zur Gründung der katholischen „Kasinos“ in fast allen bedeutenderen Orten des Landes, und 1870 erfolgte unter der Parole „Rettet Kirche und Glauben“ der Sturz der liberalen Partei im Landtag. Die katholisch-konservative Parteirichtung blieb seither bis zum Ende der Monarchie die vorherrschende im Lande.

Die Einstellung der beiden Parteien gegenüber der Arbeiterschaft des Landes unterlag manchen Wandlungen. Das Jahr 1848 noch sah den Fabriksbesitzer Carl Ganahl an der Spitze seiner Arbeiter in den Feldkircher Landtag stürmen; die Arbeiterschaft war der natürliche Bundesgenosse bzw. Mitläufer des Bürgertums im Kampf gegen den Absolutismus. Der wirtschaftliche Interessengegensatz, der den Arbeiter vom Unternehmer, den Handwerksgesellen vom Meister trennte, trat – insbesondere seitdem das liberale Bürgertum die Ablehnung sozialer Reformen und ökonomischer Besserstellung der Arbeiterschaft nicht mehr einem von ihm selbst bekämpften Staat anlasten konnte – immer stärker hervor; wozu sich in Vorarlberg noch die Tatsache gesellt haben mag, daß die mit ihrem Glauben noch enger verbundenen halb-bäuerlichen Arbeiterschichten in dem insbesondere um das Schulgesetz entbrannten Kulturkampf gegen den Liberalismus entschieden.

Die liberale Partei als Vertretung des bürgerlichen Unternehmertums betrachtete das Verhältnis Unternehmer : Arbeiter als ein dem Verhältnis Führer : Gefolgschaft analoges bzw. lag in einer solchen Analogie zumindest ihr Wunschbild; andererseits zwang sie die Realität des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes und der Krisenanfälligkeit nur zu oft, dieses Verhältnis auf das nackte Gegenüberstehen von Käufern und Verkäufern der Ware Arbeitskraft zu reduzieren, das vom eisernen Muß des Gesetzes von Angebot und Nachfrage regiert wurde.

Die Liberalen waren mitunter bereit, für den Arbeiter etwas zu tun (insbesondere dann, wenn dies nicht unmittelbar auf Kosten der Unternehmer ging), aber sie lehnten es ab, die Arbeiterschaft als Eigengröße, als selbständigen Partner zu betrachten. Im Kampf gegen Kirche und Konservatismus erwiesen sie sich zunächst als Förderer der Arbeiterbildungsvereine, zogen aber die Hand von diesen ab, als sie sich auch sozialen Fragen zuwandten. Seitdem es eine eigene Arbeiterbewegung gab, hatten die Arbeiter – auch in Vorarlberg – jegliches Interesse an der liberalen Partei verloren. Diese versuchte – nach ihrer Umwandlung in freisinnig-deutschnationale Gruppierungen – erst gar nicht, sich auch die sozialen Programmpunkte der Schönererianer zu eigen zu machen; sie war dazu in Vorarlberg viel zu sehr Reservat hochindustrieller Kreise geworden. Die schüchternen Versuche einer deutschnationalen, von den Unternehmern organisierten Arbeiterbewegung, kurz vor Weltkriegsausbruch unternommen, endeten auch in Vorarlberg mit einem Debakel.

Die konservative Partei dagegen – ursprünglich den Arbeiter als „Gesindel“ nur karitativen Interesses würdigend – begann die Bedeutung der sozialen Frage in dem gleichen Maße zu erkennen, als die Liberalen den Kontakt zur Arbeiterschaft verloren und später lediglich aus Gründen wahltaktischer Opportunität wieder aufleben ließen. Vom Boden der christlichen Ethik aus war es ihr ein Leichtes, das schändliche industrielle Ausbeutungssystem anzuprangern. Auch sie nahm dabei zunächst eher die Stellung eines Protektors der Arbeiterschaft ein, während sie den Gedanken der Selbsthilfe nur zögernd anerkennen wollte. Obwohl sie, vor allem in den Anfängen, ihren Blick mitunter sehnsuchtsvoll in die Vergangenheit schweifen

ließ⁵³, war ihr doch so viel realistischer Sinn zu eigen, die einmal eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse als gegeben hinzunehmen. Trotz manchen späteren Nuancierungen blieb für ihr Verhältnis zum kapitalistischen System kennzeichnend, was der katholische Sozialreformer Bischof von Ketteler 1869 in Fulda gesagt hatte:

„Da also das ganze System nicht umzustoßen ist, so kommt es darauf an, es zu mildern, für alle einzelnen schlimmen Folgen desselben die entsprechenden Heilmittel zu suchen und auch die Arbeiter, soweit möglich, an dem, was an dem System gut ist, an dessen Segnungen Anteil nehmen zu lassen.“

Es war vor allem das Verdienst des Norddeutschen Bernhard von Florencourt, welcher der späteren christlichsozialen Partei Vorarlbergs eine scharfe und kompromißlose soziale Linie gab, die Problematik der sogenannten Arbeiterfrage in Vorarlberg aufzuzeigen. Die daraus entstehenden Differenzen, die vor allem der sozialen Stellung der den Konservativen nahestehenden Unternehmerfamilie Rhomberg (Besitzer der Firma Herrburger & Rhomberg) entsprangen, führten vorübergehend sogar zu einer Spaltung der Partei. Die Dornbirner Fabrikanten konnten dem von Florencourt vor allem im Volksblatt vertretenen sozialen Programm, das den ausgebeuteten Arbeitern zu Hilfe kommen wollte, nur ablehnend gegenüberstehen. „Das, was sie zur konservativen Partei hielt, war einzig und allein die religiöse Frage.“ (Rüsch) Der aufgrund der Vermittlung des Brixener Fürstbischofs geschlossene Kompromiß ist nur ein Beispiel von vielen für die Kompromißbereitschaft in Arbeiterbelangen, wie sie für die christlichsoziale Partei typisch blieb, auch als sie sich gezwungen sah, in der Abwehr der Sozialdemokratie eine eigene Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen. Über die besondere Stellung der christlichen Arbeiterbewegung in Vorarlberg wird noch zu sprechen sein.

Bevor jedoch die eigentliche Arbeiterbewegung einer eingehenderen Erörterung unterzogen wird, bedarf eine – freilich kurzlebige und ohne unmittelbare Folgen bleibende – Sondererscheinung im politischen Leben Vorarlbergs der Darstellung. Es handelt sich dabei um die von dem Bregenzerwälder Heimatdichter Franz Michael Felder und seinem Schwager Kaspar Moosbrugger 1866 ins Leben gerufene „Vorarlbergische Partei der Gleichberechtigung“, in deren programmatischen Schriften⁵⁴ folgende Zielsetzungen vertreten wurden:

Staatliche Hilfe für Arbeiter, Handwerker und kleine Bauern, vor allem durch Unterstützung von zu bildenden Produktivgenossenschaften⁵⁵;

allgemeines und gleiches Wahlrecht, das mit der Argumentation gefordert wurde, daß jedermann indirekte Steuern zu zahlen habe und diese weit mehr ausmachten als die (beim Zensuswahlrecht ausschlaggebenden) direkten;

Ablösung des Römischen Rechtes durch ein volksnahes Rechtssystem als Vorbedingung für die Gesundung des Bauernstandes;

⁵³ z. B. zahlreiche Polemiken im Volksblatt, in welchen die Leibeigenschaft usw. gegen das kapitalistische System ausgespielt wird.

⁵⁴ Felder, Gespräche des Lehrers Magerhuber mit seinem Vetter Michel. – Moosbrugger, Ruf aus Vorarlberg um Gleichberechtigung; Klarstellung der vorarlbergischen Partei der Gleichberechtigung.

⁵⁵ Felder selbst gründete in Schoppernau eine Viehversicherungs-, eine Molkereigenossenschaft sowie eine Volksbibliothek.

umfassende Volksbildung auf Grundlage der fortgeschrittensten wissenschaftlichen Erkenntnisse;

nationales Selbstbestimmungsrecht (Autonomie) für alle Völker der Monarchie ⁵⁶.

Abgesehen von der Berufung auf die Wissenschaft und der Ablehnung klerikalen Dunkelmännertums war der hier geführte Angriff in erster Linie gegen den Kapitalismus gerichtet („Wir sind radikal-konservativ“) und setzte sich mit Vehemenz für Arbeiterschaft und Dorfarmut ein. „Sie arbeiten von Früh bis Abends, bringen Producte zu Stande, daß die Welt damit übersäet wird, aber davon fällt nichts ab als ein Lohn, der gerade hinreicht, sie zu ferner Arbeit brauchbar zu machen und für Nachwuchs zu sorgen. Das Erträgniss der Arbeit bleibt in den Taschen der Unternehmer, und wir wissen, daß es sich dort zu Millionen und ander Millionen erweitert hat und erweitert.“

Sei es, daß die klerikale Partei den Freisinn Felders in weltanschaulichen Fragen nicht dulden konnte, sei es, daß sie einen Konkurrenten gerade in den vom Liberalismus verschonten bäuerlichen Gebieten erst gar nicht aufkommen lassen wollte – der halbblinde Dichter, dessen Schaffen unter dem Motto stand: „Ich will nützen, wenn es möglich ist“, war in seinem Heimatdorf wütenden Verfolgungen ausgesetzt und wurde buchstäblich zur Flucht nach Bludenz getrieben.

Der Bregenzer Polizeikommissar Hammer traf ungefähr das Richtige, als er in seinen Bericht an das Ministerium über Moosbruggers zweite Flugschrift ausführte:

„Diese Klarstellung basiert sich auf die Schriften und Tendenzen der rothen Republikaner Lassalle und Proudhon und erscheint daher dem Geiste des Vorarlberger Volkes als verderblich; wiewohl ich mir die feste Überzeugung auszusprechen getraue, daß diese Tendenzschrift bei demselben eine günstige Aufnahme gewiß nicht findet.“

Eine Analyse der sozialpolitischen Anschauungen Felders und seines Kreises läßt in der Tat erkennen, daß sie auf Gedanken von Lassalle und auch auf Werken des Nationalökonomen Wilhelm Heinrich Riehl beruhten. Er entnahm daraus das, was ihm für seine Heimat brauchbar schien. Eigentum, Ehe, Nationalität sollten unangetastet bleiben, und der gewaltsame Umsturz wurde abgelehnt.

Wie wenige seiner Vorarlberger Zeitgenossen war Felder davon überzeugt, daß die soziale Frage einer Lösung zugeführt werden mußte, und wie wenige war er dazu bereit, seine ganze Persönlichkeit für die Verwirklichung dieses Zieles einzusetzen. Seine Ideenwelt fand freilich in der Enge des Gebirgsdorfes keinen Platz; vielleicht wäre der Idealist aus dem Bregenzerwald in den Industriestädten seiner Heimat auf größeren Widerhall gestoßen.

Hier, in den Fabriksorten Vorarlbergs, entstanden nämlich unmittelbar nach dem Erlaß des neuen Vereinsgesetzes die ersten Arbeiterbildungsvereine ⁵⁷. Die Unternehmer standen diesen Vereinen zunächst wohlwollend gegenüber, das liberale Bürgertum ergriff vielfach selbst die Initiative zu diesen Gründungen. Der Zweck war

⁵⁶ In Moosbruggers programmatischer Schrift findet sich der seltsam modern anmutende Satz: „In Asien, in Osteuropa leben unterdrückte Völker und Racen und so oft sie es versuchen, Gleichberechtigung mit den herrschenden Völkern, d. h. gleiches freies Selbstbestimmungsrecht zu erringen, wurden sie niedergeschlagen und die Gährung in den Gemüthern bleibt permanent . . . Die Gleichheit der Menschen ist das Princip unserer gesammten Cultur. Gleichheit des Rechtes ist nur eine Consequenz desselben.“

⁵⁷ Der älteste Arbeiterverein dürfte der von Bregenz gewesen sein, der 1894 sein 25jähriges (freilich unterbrochenes) Bestehen feierte.

klar: die Bildungsvereine sollten ein Instrument der Volksaufklärung im Sinne des Liberalismus werden; oder, wie es das Volksblatt 1874 ausdrückte: „Soziale Propaganda ist verboten, dafür betreibt man Pfaffenhetze.“

Das offensichtliche Wohlwollen, das die bürgerlichen Kreise diesen Vereinen entgegenbrachten, konnte jedoch auf die Dauer nicht verhindern, daß sich die hier zusammengeschlossenen Arbeiter und Handwerksgesellen – letztere bildeten fast durchwegs den bewußteren und revolutionärerem Teil der Vereine – angesichts des täglich genossenen Anschauungsunterrichtes in der sozialen Frage immer mehr dem damals in Österreichs Arbeiterbewegung vorherrschenden Lassalleanismus und später dem Marxismus zuwandten. Die Klerikalen erkannten die Gefahr der „roten Internationale“, die sich im Schoße der liberalen Arbeitervereine zu regen begann, viel eher als die Liberalen ⁵⁸.

Charakteristisch dafür war eine Debatte im Vorarlberger Landtag 1875, in der sich der Konservative Kohler und sein liberaler Gegenspieler Carl Ganahl bei der Behandlung der Frage der Staatsschule ein Wortgefecht lieferten. Der Fabrikant Ganahl fand es absurd, daß die Katholiken die Behauptung aufgestellt hatten, das liberale Staatsschulsystem sei im Prinzip sozialistisch.

„Die Herren unserer Handelskammer“, führte Kohler aus, „sind gewiß dem Willen nach keine Sozialisten. Sie haben nur nicht eingesehen, daß man konsequenterweise, wie man das Kloostergut und das Kirchengut für den Staat in Verwendung bringen könne ⁵⁹, auch die Güter anderer Leute verwenden könne... Doch deswegen ist, wie schon gesagt, weder Herr Ganahl ein Sozialist dem Willen nach, noch sind es die Herren seinesgleichen. Sie denken nur nicht so weit; Herr Ganahl sagt es ja selbst. Und gar Prinzipien für gefährlich zu halten, fällt ihnen gar nicht ein; sie meinen immer noch, Kanonen und Bajonette werden schließlich den Prinzipien schon Meister werden.“

Schon zwei Jahre später mußten auch die Unternehmer und bürgerlichen Gönner einsehen, daß die Sozialdemokratie sich heimlich in den Arbeitervereinen eingenistet hatte, „die gewaltige Rute, die sich die Liberalen selbst gebunden haben, um damit gezüchtigt zu werden“. (Vb. Volksblatt 48/1877)

Im Mai 1877 fand eine Tagung des Bodensee-Gauverbandes der Arbeiterbildungsvereine in Lindau statt. Deutsche, österreichische und schweizerische Vereine nahmen daran teil. Die Österreicher waren durch elf Delegierte der Arbeiterbildungsvereine von Bregenz, Feldkirch, Dornbirn, Bludenz und Hard vertreten (nur Hohenems fehlte). Vor Eintritt in die Tagesordnung stellten die Delegierten Vorarlbergs den Antrag, den in Gotha tagenden Vertretern der deutschen Sozialdemokratie ein Glückwunschtelegramm zugehen zu lassen und verlangten ferner, daß das österreichische sozialdemokratische Blatt „Gleichheit“ als gemeinsames öffentliches Organ des Gauverbandes angenommen werde. Darauf kam es in der Versammlung zu stürmischen Tumulten seitens der süddeutschen Delegierten, die Vorarlberger wurden ausgeschlossen und die Verbindung mit den österreichischen Vereinen abgebrochen. Die Vorarlberger entsandten dann im eigenen Namen ein Telegramm nach Gotha ⁶⁰.

⁵⁸ Schon Vb. Volksblatt 38/1873 machte auf die Internationale in Vorarlberg aufmerksam.

⁵⁹ Die Feldkircher Handelskammer hatte einige Jahre vorher die Einziehung von Kloostergut zur Sanierung der Finanzlage Österreichs vorgeschlagen.

⁶⁰ Das Telegramm, von Johann Beck aufgesetzt, lautete: „Die Delegierten Vorarlbergs am Lindauer Parteitage rufen den wackern Genossen Deutschlands zu ihrem heutigen Kongresse ein dreifach donnernd Hoch. Vorwärts im Kampf für die Emanzipation des arbeitenden Volkes!“

Diese Ereignisse erregten in Vorarlberg und darüber hinaus in ganz Österreich und Süddeutschland beträchtliches Aufsehen. Das Innenministerium in Wien leitete sofort eine genaue Untersuchung des Vorfalles ein. Die Delegierten, unter ihnen der Schuhmachergehilfe Johann Beck aus Rieden bei Bregenz, der wegen seiner agitatorischen Versammlungsreden schon 1875 als „höchst gefährliches Individuum“ in seine Heimat schubiert worden war, und der Dornbirner Arbeiter Martin Herburger, wurden verhaftet. Obwohl die Behörden den einzelnen Delegierten, was ihr persönliches Leben betraf, sowie der bisherigen Tätigkeit der Arbeitervereine kein nachteiliges Zeugnis ausstellen, war das Innenministerium für strengstes Vorgehen. Das liberale Bürgertum entzog den Vereinen sofort seine Unterstützung und distanzierte sich von ihnen. Am 25. Juli 1877 kam der Statthalter in Innsbruck, Graf Taaffe, „zur Überzeugung, daß sämtliche Arbeitervereine ihren statutenmäßigen Wirkungskreis überschritten und sich mit Politik beschäftigt haben“. Er verfügte daher die Auflösung aller Arbeitervereine in Vorarlberg (nur Hohenems blieb ausgenommen).

Die folgenden Jahre waren von einem zähen Kleinkrieg um die Wiedergenehmigung der Bildungsvereine erfüllt. Den Arbeiterverein von Feldkirch traf nach erfolgter Neubildung 1879 eine neuerliche Auflösung. Der Bezirkshauptmann von Bregenz dagegen setzte sich für die Neubildung der Vereine ein, um deren Mitglieder nicht zu zwingen, „das insgeheim zu tun, was sie bis jetzt öffentlich getan, wenn sie überhaupt staatsgefährliche Zwecke verfolgen“. 1878 wurde auch der Dornbirner Arbeiterverein, der vor seiner Auflösung den Verband der Arbeitervereine von Tirol und Vorarlberg und die von diesem gegründete Allgemeine Krankenkasse der Arbeitervereine geleitet hatte, neu gegründet. Ob diese Gründungen auch dauernde Genehmigung erfahren haben, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die sozialdemokratischen Arbeitervereine der neunziger Jahre tragen jedenfalls alle ein späteres Gründungsdatum, so daß also eine unmittelbare Kontinuität nicht angenommen werden kann. Nach der Einigung von Hainfeld begann auch in Vorarlberg, wie überall in Österreich, die sozialdemokratische Aktivität aufzuleben. Selbstverständlich unterlag die Tätigkeit der Vereine strenger polizeilicher Überwachung. Schikanen seitens der Behörden waren nicht selten⁶¹. Wurde dem Unternehmer die Zugehörigkeit eines Arbeiters zu einem sozialdemokratischen Verein bekannt, drohte diesem sofortige Entlassung.

Trotzdem hatte die Sozialdemokratie in Vorarlberg einen relativ guten Start. 1895 bestanden bereits 7 Arbeiterbildungsvereine und 4 Gewerkschaften mit 10 Ortsgruppen. Die Vereine allein zählten etwa 300 Mitglieder. Anfang 1893 wurde auch der sozialdemokratische „Politische Verein für Vorarlberg“ behördlich genehmigt; die Parteiorganisation mußte äußerlich ziemlich lose bleiben, da das Vereinsgesetz einen geschlossenen Verband von Vereinen nicht gestattete.

⁶¹ z. B. aus den Akten der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch: „Gegen die Führung des in der beiliegenden Skizze dargestellten sogenannten Arbeiterwappens in der Fahne seitens des Gesellenvereins in Hohenems liegt zwar kein Bedenken vor, doch erscheint der Gebrauch einer Fahne von rothem Stoffe, auf welchem das Arbeiterzeichen mit Unterschrift angebracht sein soll, wegen der, dieser Farbe anhaftenden demonstrativen Bedeutung nicht statthaft.“

Zum geplanten Vereinsabzeichen des 1892 gegründeten Arbeiterfortbildungsverein Feldkirch: „Vom Standpunkte der Opportunität würde ich jedenfalls für die Gestattung des Vereinsabzeichens eintreten, denn bei der ausgesprochen sozialdemokratischen Tendenz des Vereines ist es wichtig, daß namentlich die Gendarmerie seine Mitglieder kenne . . .“

Mitgliederstand der wichtigsten sozialdemokratischen Organisationen

A. Gewerkschaften

Jahr	Ortsgruppen	Zahlstellen	Mitglieder
1895	10	?	?
1900	13	?	563
1905	26	?	896
1907	26	9	1324
1908	37	9	1602
1909	38	6	1268
1911	41	6	1276
1912	42	3	1171

B. Arbeiterbildungsvereine

Jahr	Zahl	Mitglieder
1895	7	300
1900	9	575

C. Sozialdemokratische Partei

Jahr	Mitglieder
1907	700
1908	900
1913	1000

Die Jahre unmittelbar nach der Jahrhundertwende brachten das Ende der alten Arbeiterbildungsvereine; sie wurden in die sozialdemokratische Parteiorganisation übergeleitet. Als Organisationen der Erwachsenenbildung hatten diese Vereine weitgreifende Bedeutung für die Arbeiterschaft gehabt. Zum Unterschied von anderen Volksbildungsbestrebungen des 19. Jahrhunderts war hier von allem Anfang an die Bildung von sozialen Wurzeln und sozialen Aufgaben her bestimmt worden.

Die freien Gewerkschaften waren in Vorarlberg nie sonderlich stark; was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß sie sich nie einen eigenen Gewerkschaftssekretär leisten konnten, sondern der Parteisekretär auch stets die Agenden der Gewerkschaften führte. Eine Ausnahme bildete kurz vor Kriegsausbruch nur die „Union der Textilarbeiter“, deren Sekretär, ein Schweizer namens Schnurrenberger, den Weberstreik bei Herrburger & Rhomberg leitete. Aber auch hier war wohl die zahlenmäßige Stärke weniger ausschlaggebend als die Bedeutung, die der Textilindustrie im Lande zukam. Einige Bedeutung hatten die Gewerkschaften verschiedener Handwerksbranchen, der Schneider, Holzarbeiter, Schuhmacher und vor allem der Buchdrucker. Der Fachverein der letzteren war überhaupt der älteste des Landes. Der Kronlandsverein für Tirol und Vorarlberg wurde 1868 in Innsbruck gegründet, eine eigene Sektion Vorarlberg bildete sich Anfang der siebziger Jahre. 1874 scheiterte eine Lohnbewegung der Drucker, und in der Folge konnte sich die Sektion erst wieder 1885 organisieren. 1890 folgte ein zweiter schwerer Rückschlag, aber 1893 zählte die Sektion bereits wieder 45 Mitglieder. Mit Auftreten des christlichen Gutenberg-Bundes wurde auch hier die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung durchbrochen. Der schwere Lohnkampf der österreichischen Buchdrucker in den Jahren 1913/14 endete zwar mit

einem Sieg, doch für Vorarlberg war es ein Pyrrhus-Sieg: die Organisation war nach der Beendigung des Ausstandes fast auf die Hälfte ihrer früheren Mitgliederzahl zusammengeschmolzen.

Das Bild, das die sozialdemokratische Organisation nach 1905 bot, entsprach der im ganzen Reich angewandten Gliederung. Diese Organisation war im wesentlichen eine zweiläufige: als politische Vertretung bestand die Landespartei, als Berufsvertretung wirkte die Landesgewerkschaft der einzelnen Branchen, in Ortsgruppen und Zahlstellen untergegliedert. Darüber hinaus bestanden eine Reihe von Geselligkeits-, Sport-, Gesangvereinen, Frauenorganisationen und (seit 1913) auch eine Jugendorganisation. Schließlich wurde in Vereinen wie „Naturfreunde“, „Freunde der Feuerbestattung“ und vor allem in der um das Elternrecht kämpfenden „Freien Schule“ eine gemeinsame Plattform mit dem bürgerlichen Freisinn gesucht.

Sitz der Landesparteileitung war Dornbirn (nur nach 1902 war das Sekretariat für kurze Zeit nach Bregenz verlegt worden). Parteilokal war bis 1911 das Gasthaus Hofauer in der Schmelzhütte, das in diesem Jahr durch Brand zerstört wurde, wobei auch das Parteiarchiv verlorenging. Nach dem Brand hatte die Partei ihren Sitz im „Anker“, später im „Sägerhof“ in Dornbirn.

Was die Berufsschichtung betraf, war die Partei eine ziemlich geschlossene Organisation, da ihre Mitglieder in der Hauptsache Arbeiter und Handwerksgesellen waren. (Die Mitgliedszahlen für Partei und Gewerkschaft dürfen übrigens nicht addiert werden; es war Pflicht jedes Parteimitglieds, sofern dieses Arbeitnehmer war, zugleich seinem gewerkschaftlichen Fachverein anzugehören.)

Charakteristisch für den revolutionären Elan, der selbst eine im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter des Landes schwache und überdies durch ständige Mitgliederfluktuation (Italiener und andere landfremde Arbeiter) gehemmte Sozialdemokratie wie die Vorarlbergs erfüllte, waren der propagandistische Eifer und die Bereitschaft zu finanziellen Opfern, wie sie auch von den Gegnern immer wieder anerkannt werden mußten. Das für die Organisation nötige Geld wurde von den Mitgliedern selbst erbracht, aus kleinsten Mitteln wurde diese Organisation aufgebaut und erhalten. Typisch hierfür waren die „Kreuzerversammlungen“, bei denen durch öffentliches Absammeln das Geld für die Spesen der Redner aufgebracht werden mußte.

Trotzdem gelang es der Partei nie richtig, in der Vorarlberger Arbeiterschaft Fuß zu fassen; auch ihre Mitgliederschaft rekrutierte sich vielfach aus Zugewanderten. Die Ursachen hierfür mochten einmal in der besonderen Klassenlage der Vorarlberger Arbeiterschaft und dem daraus entspringenden Bewußtsein liegen; für den nicht völlig besitzlosen Vorarlberger Arbeiter waren die Sozialdemokraten ein Bund von Habenichtsen, mit denen er sich nicht liieren wollte, und seiner realistischen Einstellung lag der marxistische Chiliasmus überdies denkbar fern. Auch sind, zum anderen, die Ursachen in der Genügsamkeit und sprichwörtlichen Sparsamkeit des Vorarlbergers zu suchen, die Unzufriedenheit mit den Löhnen seltener aufkommen ließen – was den von anderen Landesteilen Österreichs oder aus Deutschland Zuwandernden oft unbegreiflich schien⁶². Zum dritten war das gläubige Vorarlberger Volk dem beherrschenden Einfluß der Kirche ausgesetzt, die sich mit viel Geschick der sozialen Frage annahm und auch frühzeitig in der Sozialdemokratie den gefährlichsten

⁶² „Das Gefühl unüberwindlichen Grauens beschleicht einen, wenn man beobachtet, welche fürchterliche Verheerungen der Clericalismus unter der hiesigen Arbeiterschaft angerichtet hat. Die ganze Woche hindurch bei 11 Stunden Arbeitszeit Ribel und Kaffee, mitunter Kartoffeln als Nahrung . . .“ (und trotzdem für die sozialdemokratische Propaganda kaum empfänglich). Aus einem Bericht aus Dornbirn, Volkszeitung 17/1901.

Gegner erkannte; dazu kamen Einrichtungen einiger sozial gesinnter Unternehmer. Schließlich waren die Ursachen für manche Niederlagen der Sozialdemokraten in diesem Ländchen darin zu suchen, daß die Führung der Partei zeitweise in den Händen politisch und moralisch unzulänglicher Menschen lag, die zudem Landfremde waren und so von vornherein nur mit Mißtrauen betrachtet wurden.

Der erste Partei- und Gewerkschaftssekretär der Sozialdemokratie in Vorarlberg war Johann Coufal, ein böhmischer Tischlergeselle, der schon eine bewegte politische Vergangenheit als Panslawist und Kolpingbruder hinter sich hatte. Seine Lesewut, sein häufiger Arbeitsplatzwechsel (obwohl er ein Könnner in seinem Fach war) und sein agitatorischer Eifer kennzeichnen ihn als einen jener revoluzzerischen Handwerksgesellen und ideologischen Wirrköpfe, wie sie für die Anfänge der Arbeiterbewegung vielfach typisch waren. Immerhin war während seines Aufenthaltes in Vorarlberg (von 1892 bis zu seinem Tod, 1898) der Boden für die sozialistische Propaganda relativ günstig, er betrieb die Agitation mit ungestümem Elan und verhalf der von ihm verfochtenen Sache zu einigem Erfolg.

Nach einer Zwischenperiode, in welcher vermutlich der Tiroler Schlosser Leimgruber die Partei geleitet hatte, wurde Pechota, dem Namen nach offensichtlich ebenfalls kein Vorarlberger, Sekretär. Mit seinen privaten Affären fügte er der Partei einen Schaden zu, der auch durch den – nach der Entführung der Frau eines seiner Parteigenossen in die Schweiz – erfolgten Ausschluß nicht wieder gutgemacht werden konnte. Der Rückschlag der Sozialdemokraten im ganzen Land mußte um so empfindlicher ausfallen, als zur gleichen Zeit eine verstärkte christlichsoziale Kampagne unter den Arbeitern einsetzte.

Zwischen 1903 und 1906 scheint die Partei wieder ohne eigentliche Führung gewesen zu sein; dann wurde sie von dem Tiroler Eduard Ertl sechs Jahre lang geleitet. Ihm gelang es, die stark angeschlagene Parteiorganisation wieder aufzurichten und die einzelnen Organisationen auszubauen, doch mußte er sich hiebei vielfach auf die – zum Separatismus neigenden – Italiener stützen. Seine Abberufung zum Tiroler Landessekretär (1911) hatte wieder ein einjähriges Interregnum zur Folge, obwohl die Organisation in dem Redakteur der 1910 gegründeten Wochenzeitung „Vorarlberger Wacht“, Hermann Leibfried, einem Buchdrucker aus Württemberg, einen agilen Repräsentanten besaß, der freilich in seiner Bewegungsfreiheit durch mannigfache von den politischen Gegnern angezettelte Repressalien der Behörden beschränkt war. Aufgrund eines Zeitungsinsertes in den sozialdemokratischen Blättern wurde schließlich der junge Niederösterreicher Anton Linder zum Parteisekretär bestellt; während des Krieges mußte sich wieder Leibfried der Agenden der Partei annehmen, den der Tod vor der Ausrufung der ersehnten Republik, am 11. Oktober 1918, hinwegraffte.

Bevor die Vorarlberger Sozialdemokratie sich mit der „Vorarlberger Wacht“ ein eigenes Organ halten konnte, war die 1892 in Innsbruck gegründete „Volkszeitung“ das gemeinsame Organ der Sozialisten von Tirol und Vorarlberg. Vorübergehend erschien sie auch in Dornbirn und wurde von Coufal redigiert.

Über das Ausmaß, in welchem die Vorarlberger Arbeiter in der Sozialdemokratie die Vertretung ihrer Klasse zu sehen geneigt waren, geben am besten die Wahlziffern zu den Reichsratswahlen Auskunft. In Betracht kommt hiebei natürlich nur das Städte- mandat, da auf dem flachen Lande der überwältigende Sieg der Christlichsozialen von vornherein feststand.

Wahlen zum Vorarlberger Städtemandat

Jahr	Sozialdemokraten	Christlichsoziale	Deutsch-Freisinnige
1907	1000	2938	1633
1911	1426	2645	1784

Im ganzen Land war die Zahl der sozialistischen Stimmen von 1907 bis 1911 von 1996 auf 3436 gestiegen, die Liberalen waren in den Städten Dornbirn und Bludenz bereits überflügelt worden, ebenso in zahlreichen Gemeinden des Landes. In Hard und in Rieden-Vorkloster übertrafen bzw. erreichten die Sozialdemokraten sogar die Christlichsozialen. Für das Städtemandat mußte 1911 eine Stichwahl vorgenommen werden, wobei es den vereinigten Sozialdemokraten und Liberalen gelang, ihren gemeinsamen Kandidaten Dr. Kinz gegen den Christlichsozialen Dr. Drexel durchzubringen.

Diese relativ starke Stellung der Sozialdemokraten kam bei Landtags- und Gemeindewahlen nicht entsprechend zum Ausdruck; bei diesen Wahlen konnte trotz mehreren Reformen das allgemeine, gleiche Wahlrecht nicht durchgesetzt werden bzw. blieb in einem Kuriensystem stecken oder wurde, wie im Fall der Gemeindewahlen, durch Mehrheitswahlrecht, Ansässigkeitserfordernisse u. ä. verhindert. Der Vorarlberger Landtag war seit 1871 eine Domäne der Christlichsozialen (bzw. ihrer klerikal-konservativen Vorgänger), die Sozialdemokraten waren in ihm vor 1918 nie vertreten. Die berufliche Gliederung der Landtage war charakteristisch für den Konservatismus dieser Vertretung: erst 1909 scheint zum erstenmal ein (christlichsozialer) Arbeiter als Abgeordneter unter den 25 Landtagsmitgliedern auf.

Die christliche Arbeiterbewegung geht in ihren Anfängen auf die Kolpingvereine der Handwerker zurück, die sich sogar in einer Zeit, als andere Arbeiterorganisationen noch verboten waren, schon bilden konnten. So bestand der Katholische Gesellenverein Dornbirn bereits seit 1861, und einige andere katholische Vereine im Lande konnten ein fast ebenso hohes Alter aufweisen. Doch waren diese Vereine in erster Linie für (wandernde) Handwerker, nicht für Industriearbeiter gedacht.

Eine eigene Arbeiterbewegung wurde für die Kirche und die ihr nahestehenden Kreise erst notwendig, als sie erkennen mußten, daß die Arbeiterschaft im Gefolge der Sozialdemokratie nicht nur das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern auch den christlichen Glauben ablehnte und bekämpfte. So war die Bildung christlicher Arbeiterorganisationen ein Akt der Notwehr, wenn sie auch von Anfang an mit dem Stigma der Spaltung der Arbeiterschaft behaftet war, was letzten Endes den Unternehmern zugute kam.

Ein streng katholisches Land wie Vorarlberg war ein relativ günstiger Nährboden für solche Bestrebungen, wenn auch die Christlichsozialen das Desinteresse weiter Kreise der Arbeiterschaft des Landes an eigenen Organisationen wiederholt beklagten. Ihren Anfang nahm die eigentliche christliche Arbeiterbewegung mit der Gründung des Katholischen Arbeitervereines Hohenems im Sommer 1895. In dem jungen Priester Dr. Karl Drexel erstand der Vorarlberger christlichen Arbeiterbewegung ein umsichtiger, gebildeter und sozial denkender Führer, der die Organisation in wenigen Jahren ausbaute, nicht ohne die Unterstützung gewisser Unternehmerkreise. Die in rascher Folge entstandenen Arbeitervereine, etwa 30, wurden 1904 im Vorarlberger Arbeiterbund vereinigt, der 1907 bis 1910 auch ein eigenes Wochenblatt, das „Arbeiterblatt“, als Beilage zum Vorarlberger Volksblatt herausgab.

Durch Gründung des „Stickerbundes“ suchte Dr. Drexel auch die für Organisationen nicht sehr empfänglichen Sticker zu erfassen (ein ähnlicher Verband war in den neunziger Jahren nach kurzer Blüte zusammengebrochen, als die Absatzkrise eintrat). Seiner Vermittlung ist es zu danken, daß diese Vereinigung in den Jahren des Konjunkturrückganges vor dem Ersten Weltkrieg beträchtliche staatliche Subventionen erhielt.

Das Bestehen zweier getrennter Arbeiterbewegungen, die über die gegeneinander ausgetragenen Fehden oft vergaßen, für die eigentlichen wirtschaftlichen Belange der Arbeiter einzutreten, konnte nicht folgenlos bleiben. Sicherlich ist hier einer der Gründe zu suchen, warum Vorarlberg z. B. mit der Einführung des Zehnstudentages ziemlich an letzter Stelle in Österreich stand. Die Verhandlungsbereitschaft der Christlichsozialen verhinderte manchen Erfolg, den die Arbeiterschaft in anderen Kronländern – wo sie einheitlicher auftreten konnte – errang. Auch die christliche Arbeiterbewegung Vorarlbergs krankte in mehrfacher Hinsicht an dem historischen Irrtum der christlichsozialen Reformer, die nicht erkannt hatten, daß die Emanzipation einer neuen Klasse sich nur autonom vollziehen kann – ganz abgesehen davon, daß von den Christlichsozialen viele berechnete Forderungen der Arbeiter als „übertrieben“ oder „unerfüllbar“ hingestellt wurden⁶³. Freilich darf auch hier nicht aus dem Auge verloren werden, daß Vorarlberg aus viel tiefer – in der Klassenstruktur – verwurzelten Gründen eben nicht der Boden für mit äußerster Härte ausgetragene Klassenkämpfe war.

„Streiks gehören hierzulande unter die noch unbekanntesten Dinge“, schrieb der Gewerbeinspektor in seinem Bericht über Vorarlberg im Jahre 1884. Unsere Untersuchungen haben gezeigt, daß diese Behauptung nicht ganz stichhältig ist, aber sie kommt der Wirklichkeit doch sehr nahe. Größere Streikbewegungen lassen sich in Vorarlberg erst ab 1896 feststellen.

Zahl der streikenden Arbeiter von 1896 bis 1913⁶⁴

1896 . . . 150	1902 . . . –	1908 . . . 76
1897 . . . 112	1903 . . . 135	1909 . . . 116
1898 . . . 223	1904 . . . 12	1910 . . . 431
1899 . . . –	1905 . . . 140	1911 . . . 239
1900 . . . 11	1906 . . . 29	1912 . . . –
1901 . . . 62	1907 . . . 1911	1913 . . . 225

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß das Jahr 1907 eindeutig den Höhepunkt in der Streikbewegung darstellte – war es ja doch auch der Kulminationspunkt der Konjunktur. Die Zahl der streikenden Arbeiter allein gibt uns jedoch noch nicht den tatsächlichen Überblick über die Ausstände; außerdem sind hier Handwerk und Industrie zusammengefaßt. Noch klarer wird die Situation bei Betrachtung der

durch Streiks ausgefallenen Arbeitsstunden in der Vorarlberger Textilindustrie

1896 . . . 1364	1905 . . . 1551	1909 . . . 539
1897 . . . 363	1906 . . . 1694	1910 . . . 1936
1898 . . . 506	1907 . . . 39 490	1911 . . . 9520
1899–04 . . . –	1908 . . . –	1913 . . . 26 490

⁶³ Vergleiche z. B. Biederlack, Die sociale Frage. Der Verfasser, ein Tiroler Jesuit, wendet sich gegen den „ungerechtfertigten“ Achtstudentag, gegen das 36stündige Wochenende, gegen die Gleichberechtigung der Frau, tritt andererseits für die Kartellbildung ein usw.

⁶⁴ Für die Jahre 1912 und 1913 sind nur Streiks erfaßt, bei denen ein Verlust von mehr als 500 Arbeitsstunden eintrat.

Es lassen sich also deutlich zwei Höhepunkte der Streikbewegung in der Textilindustrie erkennen, die Jahre 1907 und 1913, denen mit Abstand das Jahr 1911 folgt. Die Streiks des Jahres 1907 hatten in erster Linie Lohnerhöhungen zum Ziel, was durch die konjunkturell stark anziehenden Preise erklärbar ist. Die Ausstände hatten auch fast durchwegs Erfolg, wenn auch die Forderungen der Arbeiter meist nur teilweise bewilligt wurden. Zum Teil wurde in diesen Streikbewegungen auch erst der Zehnstundentag erkämpft.

Zum Unterschied von diesen Streiks des Jahres 1907, die alle nur einen Tag lang dauerten (die Unternehmer waren infolge der Hochkonjunktur an raschster Beilegung interessiert), währten die Streiks in den Jahren 1911 und 1913 – sie betrafen 1911 eine und 1913 zwei Fabriken – alle länger als eine Woche. Besonders hartnäckig wurde der Kampf in der Weberei der Firma Herrburger & Rhomberg in Dornbirn geführt, wo den Arbeitern in Julius Rhomberg ein Unternehmer gegenüberstand, der aus dem Streik um jeden Preis siegreich hervorgehen wollte. Anlaß für den Streik war die Forderung der Arbeiter, an den Jacquard-Webstühlen eine Vorrichtung anzubringen, welche die Arbeit der „Andreherinnen“ wesentlich erleichtert hätte. Der Ablehnung des Unternehmers setzte sich der geschlossene Widerstand der christlichen und freien Gewerkschaften entgegen, und in seltener Solidarität und Einmütigkeit erreichten sie nach zweiwöchigem Streik ihr Ziel. Allerdings hatte der Ausstand für viele Dornbirner Arbeiterfamilien eine schwere finanzielle Belastung dargestellt. Bei dem schwachen Geschäftsgang der Textilindustrie zeigte sich der Unternehmer an einer Verkürzung der Arbeitsniederlegung offensichtlich nicht sonderlich interessiert.

Einen lang anhaltenden Streik hatten die 38 Eisengießer der Maschinenfabrik Rüschanahl in Dornbirn auszukämpfen: sie standen 1910 91 Tage lang im Ausstand, weil der Arbeitgeber einen Kollektivvertragsentwurf und Lohnerhöhungen abgelehnt hatte. Der Streik hatte nur teilweisen Erfolg. Längere Streiks führten auch die Schneider- und Schuhmachergesellen (1908), die Buchdrucker (1908, 1913), die Zementarbeiter in Lorüns und die Buchbinder (1909) sowie die Anstreicher- und die Tischlergesellen (1910).

8. DER UNTERNEHMER; ANTEIL DES ARBEITERS AM ARBEITSPRODUKT

An der personellen Zusammensetzung der Unternehmerdynastien der Vorarlberger Industrie hat sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wenig geändert. Die Vorarlberger Unternehmungen befanden sich weiterhin im persönlichen Besitz der Familien, die sie gegründet bzw. zur Blüte geführt hatten. Es ist ja überhaupt charakteristisch für die Vorarlberger Industrie, daß hier die anonyme Aktiengesellschaft nie eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Das Unternehmen ist Familienbesitz. Der jeweilige Inhaber fühlt sich dem gesamten Werk und seinem Erbe gegenüber verpflichtet, er sorgt für seinen Ausbau und weiteren Bestand, „die geradezu einen Teil seiner Person darstellen. Dieser private Unternehmer haftet mit seinem ganzen Besitz. Er hat sicherlich die Chance des Gewinns, er trägt aber auch das volle Risiko ohne beschränkte Haftung.“ (Sinz)

Unleugbar ist die Vorarlberger Industrie die Schöpfung rühriger Unternehmerpersönlichkeiten. Die meisten größeren Betriebe sind aus relativ kleinen Anfängen heraus geschaffen worden. Das Risiko, das diese Männer – freilich verbunden mit der notwendigen Skrupellosigkeit, welche die Unternehmer in der Zeit des frühen Kapitalismus auszeichnete – in die Waagschale warfen, hat sich gelohnt.